



Weltkrieg geplant

US-Marinenmanöver »Large Scale Exercise«: Mit Hightechwaffen gegen Russland und China

3

Spielball geworden

Flüchtlingsdrama an polnisch-belarussischer Grenze. 50 Menschen im Niemandsland blockiert

6

Zombies verendet

Lehren aus der Apokalypse: Start der definitiv letzten Staffel von »The Walking Dead«

11

Doppelt spioniert

Ein Stasi-IM im Kalten Bürgerkrieg der 1960er Jahre (Teil I). Von Walter Barthel

12

Kliniken am Tropf

Berliner Senat lässt Ultimatum verstreichen, Zeichen stehen auf Streik. Ärzte und Patienten solidarisieren sich mit Pflegekräften.

Von Bernd Müller

In den landeseigenen Kliniken der Bundeshauptstadt stehen die Zeichen auf Streik. Die »Berliner Krankenhausbewegung« hatte dem Senat und den Klinikleitungen 100 Tage Zeit gegeben, um ernsthafte Schritte zur Entlastung des Pflegepersonals einzuleiten. Am Freitag um null Uhr lief das Ultimatum aus, und bis Redaktionsschluss war kein Entgegenkommen abzusehen.

»Der Streik ist unser letztes Mittel«, erklärte Stella, die als Pflegekraft in der Rettungsstelle an der Humboldtlinik in Berlin arbeitet. Anders wisse man sich nicht mehr zu helfen. Die zentrale Forderung ist: mehr Personal. Doch bislang hatten die Beschäftigten vergeblich versucht, eine durch einen Tarifvertrag abgesicherte Personalquote zu erreichen. Ab Montag soll es zu einem dreitägigen Warnstreik kommen, sollte das Land Berlin mit seinen Kliniken nicht noch einlenken.

Mit Blick auf deren bisheriges Gebaren ist allerdings nicht davon auszugehen. Nach Gewerkschaftsangaben habe es zum Beispiel von Vivantes nicht einmal ein Gesprächsangebot gegeben. Der Konzern habe statt dessen nichts unversucht gelassen, die Arbeitsniederlegung mit fragwürdigen Methoden zu verhindern. Zuerst mit einem



Beschäftigte von Vivantes und Charité kämpfen gemeinsam gegen den Kürzungskurs der Berliner Landesregierung

Gerichtsentscheid; dann habe man den Beschäftigten mit Kündigung gedroht, sollten sie sich am Streik beteiligen.

Allein steht das Pflegepersonal mit seinen Forderungen nicht. »Die Überlastung der Pflege geht uns alle etwas an – nicht nur moralisch, sondern auch ganz praktisch«, heißt es in einer Erklärung des Vereins demokratischer Ärztinnen und Ärzte vom Freitag. Fehle das Pflegepersonal, dann litten die Versorgungsqualität und die Zusammenarbeit der einzelnen Berufsgruppen im Krankenhaus. Carina Borzini, Kovorsitzende des Vereins, sagte, es sei absolut richtig, wenn sich die Kollegen zur Wehr setzten.

Unterstützt würden die Pfleger durch die Ärzteschaft »aus allen betroffenen Häusern und allen Verantwortungsebenen«, betonte Andreas Umgelter,

Chefarzt in der Rettungsstelle des Humboldt-Klinikums. Mehr als 260 Mediziner hätten bereits einen Aufruf zur Unterstützung des Pflegepersonals unterschrieben, und die Zahl der Unterzeichner steige weiter an. Begrüßt wird der Streik auch vom Deutschen Berufsverband für Pflegeberufe (DBfK). Der Arbeitskampf sei notwendig, um das Personal »dauerhaft gesund zu erhalten und so die Versorgung der Patienten sicherzustellen«. Der DBfK fordert eine Personalbemessung, die sich am tatsächlichen Bedarf und nicht an ökonomischen Kennziffern orientiert. »Solange politische Entscheidungsträger eine adäquate gesetzliche Personalbemessung verweigern und die Pflegepersonalregelung als Übergangslösung vom Bundesgesundheitsminister abgelehnt wird«, sei der Arbeitskampf legitim,

so Markus Lauter vom DBfK Nordost.

Mit einem Solidaritätscamp unterstützt das Berliner Bündnis »Gesundheit statt Profite« den Streik. Zusammen mit der Krankenhausbewegung will es am Wochenende über die Lage in den Kliniken aufklären. Einen Vorgeschmack darauf boten Patienten, die sich am Freitag auf einer Pressekonferenz des Bündnisses äußerten. Sie berichteten anschaulich von überlastetem Personal und unhaltbaren Zuständen, die seit Jahren bestünden. Thomas Schmidt gehört dazu: »Als Patienten können wir schlecht streiken, aber wir wollen die Beschäftigten ermutigen, dies zu tun.« Denn bessere Arbeitsbedingungen bedeuten auch eine bessere Versorgung der Patienten. Es sei »der Normalbetrieb und nicht der Streik, der unser aller Gesundheit gefährdet«.

Bundeskanzlerin das letzte Mal in Moskau

Merkel für Gespräche mit Russland trotz Differenzen. Freilassung von Nawalny gefordert

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat bei ihrem Treffen mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin dafür geworben, trotz der politischen Spannungen miteinander im Gespräch zu bleiben. »Ich freue mich, dass wir uns noch einmal vielleicht als Abschiedsbesuch, aber auch als Arbeitsbesuch hier im Kreml treffen können«, sagte die Kanzlerin am Freitag nach ihrer Ankunft in Moskau. »Selbst wenn wir heute auch durchaus tiefgreifende Differenzen haben, so sprechen wir miteinander, und das soll auch

weiter so geschehen und die deutsch-russischen Beziehungen klassifizieren und qualifizieren.«

Kurz zuvor hatte die CDU-Politikerin einen Kranz am Grab des Unbekannten Soldaten niedergelegt. Merkel erinnerte daran, dass vor 80 Jahren Nazideutschland die Sowjetunion überfallen hatte. Die Sowjetunion hatte im Zweiten Weltkrieg 27 Millionen Tote zu beklagen. Putin sagte, dass die Kontakte – auch telefonisch – mit der Kanzlerin stets intensiv gewesen seien. Deutschland sei für Russland ein wichtiger

Handelspartner. Es ist der 19. Besuch der Kanzlerin in Moskau, wie russische Staatsmedien berichteten.

Der Besuch der Kanzlerin, die zuletzt im Januar vorigen Jahres in Moskau gewesen war, fiel auf den ersten Jahrestag des mutmaßlichen Giftanschlags auf den russischen Oppositionspolitiker Alexej Nawalny. Er soll am 20. August 2020 mit dem chemischen Kampfstoff Nowitschok vergiftet worden sein. Derzeit sitzt er in Russland in Haft. Merkel verlangte erneut seine Freilassung. »Aus unserer Perspektive ist die Verurteilung

zum Aufenthalt in einer Strafkolonie auf der Grundlage eines früheren Urteils, das der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte ja für offenkundig unverhältnismäßig klassifiziert hat, nicht akzeptabel«, so die Kanzlerin. Putin verteidigte das Vorgehen der russischen Justiz: »Ich möchte betonen, dass er nicht für seine politischen Handlungen verurteilt wurde, sondern er hat gewisse Regeln verletzt.« Diese würden unter anderem auch für internationale Partner gelten.

(dpa/jw)

China: Neues Gesetz zum Datenschutz



Beijing. In China hat der ständige Ausschuss des Nationalen Volkskongresses am Freitag ein Datenschutzgesetz verabschiedet, das die Datensammlung von Onlinekonzernen einschränken soll. Unter anderem wird es den Firmen erschwert, Nutzerprofile aus den gesammelten Daten zu erstellen sowie unterschiedliche Preise für ein und dieselbe Dienstleistung auf Basis dieser Profile zu verlangen. Nach der Ankündigung sanken die Aktien von Tencent, Alibaba und weiteren Techfirmen. Das im November in Kraft tretende Gesetz sieht auch vor, dass die persönlichen Daten chinesischer Staatsbürger nicht in Länder mit niedrigeren Standards für die Datensicherheit als in China übertragen werden dürfen. Unternehmen, die sich nicht an die Vorschriften halten, können mit Geldstrafen von bis zu 50 Millionen Yuan (6,6 Millionen Euro) oder fünf Prozent ihres Jahresumsatzes belegt werden. (AFP/jw)

Afghanische Geflüchtete landen in BRD

Hannover/Potsdam. Am Freitag ist ein Evakuierungsflug der Luftwaffe in Hannover gelandet. An Bord waren nach Angaben des niedersächsischen Innenministeriums 158 Ortskräfte und Familienangehörige. Auch seien 30 bis 40 Kinder und Jugendliche, davon 20 unbegleitet, mit dabei gewesen. In Brandenburg sind bereits in der Nacht zum Freitag erste Ortskräfte und ihre Familien eingetroffen. Nach Angaben eines Sprechers des Innenministeriums in Potsdam kamen 59 Menschen in die landeseigene Aufnahmeeinrichtung in der Gemeinde Doberlug-Kirchhain. Die Linke fordert eine Ausweitung der laufenden Evakuierungen über die Hauptstadt Kabul hinaus. »Die meisten Ortskräfte, Lehrerinnen oder auch mutige Lokalpolitikerinnen oder Journalistinnen leben nicht in Kabul, sondern verteilt über die Provinzen Afghanistans«, sagte Fraktionschef Dietmar Bartsch. (AFP/dpa/jw)

■ Siehe Seiten 2, 4, 7 und 8

jw wird herausgegeben von 2.574 Genossinnen und Genossen (Stand 9.8.2021)
www.jungwelt.de/lpg

